

Berlin, 14.12.2022

Erfolge beim Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen – BFW-Mitglieder setzen erste Bündnisvereinbarungen bereits um

Eine Blitzumfrage unter den Mitgliedern des BFW Landesverband Berlin/Brandenburg zeigt überraschende und erfreuliche Ergebnisse. Viele Vermieter gehen bereits jetzt auf die Bedürfnisse ihrer Mieterinnen und Mieter ein, wenn es um die Gestaltung des Mietpreises geht. Gleichzeitig sind die Mieterinnen und Mieter weit weniger unzufrieden mit ihren Mietverhältnissen, als oftmals behauptet.

An der aktuellen Umfrage unter den BFW-Mitgliedern haben sich Unternehmen beteiligt, die insgesamt über 27.000 Wohnungen verwalten oder vermieten. Das erste erfreuliche Ergebnis der Auswertung war die Tatsache, dass die Hausverwaltungen die momentan angespannte Situation der Mieterinnen und Mieter aufgrund stark steigender Energie- und Lebensmittelpreise wahrnehmen. 80 % der Unternehmen gaben an, deshalb bereits in Einzelfällen auf Mieterhöhungen verzichtet zu haben, wenn dadurch eine außergewöhnliche Belastung für die Mietparteien aufgetreten wäre. Dieses Vorgehen ist ganz im Sinne der Vereinbarungen des Bündnisses für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen, in denen es heißt, dass Mieterhöhungen im Bestand mit Augenmaß und unter Berücksichtigung von Härtefallkriterien vorgenommen werden sollen.



„Die mittelständischen Wohnungsunternehmen in Berlin haben schon häufig bewiesen, dass sie ein gutes Gespür für die Sorgen ihrer Mieterinnen und Mieter haben. Zuletzt, als das verfassungswidrige Experiment Mietendeckel gestoppt wurde und Mietnachforderungen gestundet oder ganz erlassen wurden. Damals wie heute ist es wichtig, dass Mieterinnen und Mieter auf die Hausverwaltungen zugehen und das persönliche Gespräch suchen, wenn sich Lebensverhältnisse einmal ändern sollten. In den allermeisten Fällen können so einvernehmliche und passgenaue Lösungen gefunden werden“, sagt BFW-Geschäftsführerin Susanne Klabe.

Auch in absoluten Härtefällen zeigen die Vermieterinnen und Vermieter Verantwortungsbewusstsein und setzen damit weitere Forderungen des Bündnisses um. Ebenfalls 80 % der befragten BFW-Mitglieder

gaben an, die sogenannte „Schonfristregelung“ auch auf die ordentliche Kündigung ausweiten zu wollen. Das heißt, dass sie aufgrund zu hoher Mietrückstände ausgesprochene Kündigungen vollständig zurücknehmen, wenn die Mieterinnen und Mieter ausstehende Mietschulden begleichen.

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Mitgliedsunternehmen des BFW ihre Verantwortung zur Erhaltung einer sozial gemischten Stadt ernst nehmen. Jedes zweite Unternehmen vermietet bereits Wohnraum an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins. Mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem an, Wohnungsangebote für WBS-Berechtigte besonders herauszustellen, um sie leichter auffindbar zu machen und damit die Suche nach bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen.

Die Ergebnisse der Blitzumfrage des BFW zur Umsetzung der Bündnisvereinbarungen sind besonders bemerkenswert, da die befragten Unternehmen zum Großteil gar nicht selbst Eigentümer der Wohnungen sind, sondern in der Regel fremde Wohnungsbestände im Auftrag der Eigentümer verwalten. In solchen Fällen ist der Aufwand für die Verwalter deutlich höher, da es zur Umsetzung der zahlreichen Vereinbarungen zusätzlicher Aufklärung und Rücksprachen mit den Auftraggebern bedarf.

„Unsere Mitglieder sind sich bewusst, wie ernst die Situation für manche Mieterinnen und Mieter in Berlin ist. Und die Unternehmen beweisen an diesem Punkt einmal mehr, dass sie hinter dem Bündnis mit dem Berliner Senat stehen und auch bereit sind, Nachteile und einen höheren Arbeitsaufwand in Kauf zu nehmen, um die Bündnisvereinbarungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten umzusetzen“, erklärt Christopher Weiß, Vorstandsvorsitzender des BFW Landesverband Berlin/Brandenburg.



Damit machen sich die BFW-Mitglieder bereits in den ersten Monaten nach Unterzeichnung stark für einzelne Forderungen des Bündnisses für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen. Dabei setzen die Unternehmen die Vereinbarungen auf freiwilliger Basis um, da sie das Bündnis nicht selbst direkt unterzeichnet haben. Der BFW Landesverband Berlin/Brandenburg wirbt als Bündnispartner aber bei seinen Mitgliedern für die Umsetzung.

Es zeigt sich, dass die im BFW organisierten vorwiegend mittelständischen Unternehmen auf einem guten Weg sind, das Bündnis umzusetzen – und das, obwohl die finanzielle Situation momentan natürlich auch für die vermietenden Unternehmen angespannt ist. Sicherlich kann hier in den nächsten Monaten noch mehr erreicht werden – der Auftakt ist allerdings bereits außerordentlich vielversprechend.

Hintergrund:

Der BFW Landesverband Berlin/Brandenburg e. V. ist seit 70 Jahren der regionale Interessenverband der privaten und mittelständischen Immobilienwirtschaft. Die ca. 250 Mitgliedsunternehmen aus Bestandsverwaltung und Immobilienentwicklung zeichnen für rund die Hälfte aller Wohnungsneubauprojekte und die Verwaltung großer Wohnungsbestände in Berlin und Brandenburg verantwortlich. Sie sind damit Hauptantriebskraft für eine moderne und nachhaltige Stadtentwicklung. Der Verband tritt als gemeinsame Stimme gegenüber Politik und Gesellschaft auf, ist der Beratungs- und Expertenpool für Verbandsmitglieder und Treiber von Innovations- und Zukunftsthemen.

Pressekontakt:

CandyStorm PR GmbH
Ernst-Thälmann-Str. 77
14532 Kleinmachnow
Tel.: 030 120898800
info@candystormpr.de